462

Was lehrt der Marxismus über den Staat?

Kommunistische Partei Österreichs
Bezirksleitung
Lagergasse 98 a
8020 Graz-Steiermark
Tel. 84-5-08

Serie: A
Gesellschaft und Staat

5

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

DM 0.80

Inhaltsverzeichnis

Was lehrt der Marxismus über den Staat?	
Der Staat – Produkt des Klassenkampfes und Herrschafts-instrument einer Klasse	1
Der bürgerliche Staat	3
Der Staat des Monopolkapitals	8
Der Staat und die Aufgaben der Arbeiterklasse	11
Fragen	15
Literatur	15

Preis DM 0,80

Verleger: Verlag Marxistische Blätter GmbH., Frankfurt/M., verantwortlich für den Inhalt: Marianne Roth, Herausgeber-Kreis: Albert Berg, Willi Gerns, Fritz Krause, Herbert Lederer, Karl Otto, Max Schäfer, Robert Steigerwald, Karl Stiffel. Redaktion: Max Schäfer, Fritz Krause.

Anschrift: Redaktion, Verlag, Vertrieb, Anzeigen: Marxistische Blätter, 6 Frankfurt am Main 1, Meisengasse 11/II, Telefon: (0611) 28 04 12

Druck: HOSCH GmbH., Frankfurt a. M., Heddernheimer Landstr. 78a

Der Staat – Produkt des Klassenkampfes

Jeder von uns hat schon oft mit dem Staat zu tun gehabt. Er tritt dabei meist sehr konkret in Erscheinung. Zum Beispiel zieht er Steuern ein, also einen Teil des von uns erarbeiteten Wertes. Wir kennen ihn als scheinbar unparteiischen Verwaltungsapparat, der gut oder schlecht steuert und lenkt, bei der Verkehrsregelung und bei der Forschungsplanung. Viele haben ihn erlebt in Gestalt der Polizei, die eine demokratische Versammlung „auflöst". Andere wurden zur Bundeswehr eingezogen, und die älteren unter uns kennen die brutale Militärmaschine des Staates im Einsatz gegen andere Völker. Der Staat, das ist also ein sehr handfester Apparat, für den große Gruppen oft bewaffneter Personen eigens tätig sind und der, wie der frühere CDU-Innenminister Benda bemerkt hat, das „Monopol auf Gewaltausübung" beansprucht. Für wen zieht er Steuern und Soldaten ein, wendet er Gewalt an?

Der Staat ist keine Naturgegebenheit. Wir können heute beobachten, wie Staaten sich verändern, wie sich im Zusammenhang mit Veränderungen der gesellschaftlichen Kräfte in manchen Ländern Staatsverfassungen wandeln. Aber nicht nur die Staatsformen wechseln.

Es hat auch nicht immer einen Staat gegeben. Die frühen Menschen wurden ohne ihn fertig. Verstöße gegen die Ordnung der frühen menschlichen Gemeinschaft konnte man auch ohne einen Staat verhindern. Erst auf einer bestimmten Stufe der ökonomischen Entwicklung, die die menschliche Gesellschaft zum ersten Mal in Klassen spaltete, wurde ein besonderes Instrument zur Niederhaltung der Ausgebeuteten möglich und notwendig. (Marx. Lehrbrief: Wie sich Mensch und Gesellschaft entwickelten, Nr. A 2) Die Aneignung eines Teils der von der arbeitenden Klasse geschaffenen Werte durch die Herrschenden macht für die herrschende Klasse den Staat zu einer Notwendigkeit. Die herrschende Klasse – ob Sklavenhalter, ob Feudalherren oder Kapitalisten – muß ihre ökonomische Herrschaft, das heißt ihr System der Aneignung von Mehrwert, ihr Kommando über unbezahlte Arbeit, ihre Ausbeuterordnung absichern.

Dazu braucht sie einen Apparat, der mit den verschiedensten Mitteln – einschließlich körperlichem Zwang – die rechtlichen und moralischen Regeln durchsetzt, die zur Aufrechterhaltung ihrer „Ordnung" gehören. Die Unterdrückung der beherrschten Klasse (der Sklaven, Leibeigenen oder Lohnarbeiter), wenn diese versucht, die ökonomische Herrschaft abzuschütteln, ist das eigentliche Wesen dieser Staaten.

Der Staat ist also aus dem Kampf der Klassen entstanden. Er ist der Apparat der politischen Sicherung der Herrschaft einer Klasse über andere. Er ist nicht ewig, es gab Zeiten, in denen noch kein Staat existierte, und wir werden sehen, daß er auch nicht für alle Zukunft existieren wird.

Der Staat des Altertums war vor allem der Apparat der Sklavenhalter zur Niederhaltung der Sklaven, der Staat des Mittelalters vor allem der Apparat der Feudalherren zur Niederhaltung der Bauern, der bürgerliche Staat ist

vor allem der Apparat der Kapitalisten zur Niederhaltung der Lohnarbeiter. (Marx. Lehrbriefe, Nr. A 2, A 3, A 4)

Der Staat gewinnt dabei notwendigerweise immer eine gewisse Selbständigkeit, die größer oder geringer sein kann. Denn er muß auch in der Lage sein, gegen einzelne Mitglieder der herrschenden Klasse vorzugehen, die die Gesamtinteressen der herrschenden Klasse verletzen. Ein Beispiel dafür ist das von der Bundesrepublik gegen die sozialistischen Länder aufgestellte Röhrenembargo, das die Interessen einiger westdeutscher Riesenkonzerne empfindlich verletzte, aber zu dieser Zeit der politischen Gesamtausrichtung der westdeutschen Monopole entsprach. Mit der Tatsache, daß der Staat manchmal sehr hart gegen einzelne Mitglieder auch der herrschenden Klasse durchgreift, verbindet sich oft die Illusion, dieser Staat handle „objektiv". Richtig daran ist nur, daß z.B. der bürgerliche Staat die objektiven, langfristigen Interessen der Bourgeoisie auch gegenüber dem einzelnen Kapitalisten durchsetzt. Der Staat vereinheitlicht in gewisser Weise dadurch die auseinanderstrebenden Interessen der einzelnen Mitglieder der herrschenden Klasse.

Da keine der Ausbeuterklassen in der Geschichte jemals völlig einheitliche Interessen besessen hat, kommt es auch immer wieder zu Machtkämpfen innerhalb der herrschenden Klasse um den stärksten Einfluß auf den Staatsapparat. So wie heute verschiedene Kapitalgruppen um den stärksten Einfluß im bürgerlichen Staat kämpfen, so befehdeten sich früher verschiedene Adelsgruppen um den stärksten Einfluß im Feudalstaat, und so stritten schon verschiedene Gruppen von Sklavenhaltern um den stärksten Einfluß im antiken Staat. Mit der Tatsache, daß verschiedene Gruppen der herrschenden Klasse einen oft heftigen Kampf um den Haupteinfluß auf den Staat führen, verbindet sich manchmal die Illusion, dieser Staat sei ein Tummelplatz für verschiedene Gruppen, auf dem jede Gruppe ihren Platz behaupten kann, (ein „pluralistischer" Staat). Daß dieser Eindruck illusionär ist, zeigt sich deutlich, wenn die ökonomisch und politisch niedergehaltene Klasse auf den Plan tritt und um Machtpositionen zu kämpfen beginnt. Auf einmal sind sich dann die konkurrierenden Gruppen der herrschenden Klasse völlig einig, und mit dem „Pluralismus" im Staat hat es ein Ende.

Der Ausbeuterklasse genügt oft auch die Herrschaft über das eigene Volk nicht. Die herrschenden Klassen verschiedener Länder haben sich schon oft genug in der Geschichte blutige Kriege geliefert, wenn die eine sich stark genug fühlte, auch noch ein anderes Volk zu unterjochen. Mit der Tatsache, daß die herrschenden Klassen verschiedener Länder oft offene oder versteckte Kriege gegeneinander führen, verbindet sich manchmal die Illusion, dieser Staat vertrete die Interessen der gesamten Nation.

Ein Beispiel zeigt, was an dieser Behauptung richtig ist: Als sich am Ende des deutsch-französischen Krieges in Paris 1871 die Arbeiter erhoben und die Pariser Kommune errichteten, war Bismarck sofort bereit, die kriegsgefangenen französischen Offiziere freizulassen, um Thiers, dem Vertreter des eben erst besiegten französischen bourgeoisen Staates, die blutige Nie-

derschlagung der französischen Arbeiter zu ermöglichen.

Die Illusionen, die den Charakter und das Wesen des Klassen-Staates verschleiern sollen, knüpfen an bestimmte reale Erscheinungen an, werden aber vor allem bewußt von der herrschenden Klasse verbreitet, damit die Beherrschten in den Kämpfen und Kriegen der Ausbeuter bereitwillige Soldaten sind.

Die meisten Illusionen, die das Wesen des Staats verschleiern, hängen zusammen mit der Vielfalt der Formen zur Niederhaltung der arbeitenden und ausgebeuteten Klasse. Die herrschende Klasse regiert und sichert ihre Herrschaft mit den verschiedensten Methoden, nicht nur mit Mitteln der unmittelbaren Unterdrückung, sondern auch mittels Zugeständnissen, durch die Teile der ausgebeuteten Klasse in das Herrschaftssystem einbezogen werden.

Der Wechsel zwischen diesen beiden Taktiken des Zuckerbrots und der Peitsche der herrschenden Klasse und die Kombination dieser beiden Taktiken wird besonders ausgeprägt entwickelt von der kapitalistischen Klasse im bürgerlichen Staat.

Der bürgerliche Staat

Die bürgerliche Klasse hat in den verschiedenen Ländern die Staatsmacht auf unterschiedliche Weise erobert. In allen Ländern war sie bereits die wirtschaftlich mächtigste Klasse geworden, bevor sie zum Kampf um die politische Macht, um die Staatsmacht antrat.

In England endeten die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Bourgeoisie und Adel gegen Ende des 17. Jahrhunderts, nach dem Sturz Cromwells, des politischen Führers der Bourgeoisie, mit einem Klassenkompromiß. Auf Grund dieses Klassenkompromisses wurden zwar die politischen Formen der Monarchie wiederhergestellt, die Macht des bürgerlichen Parlaments jedoch so gestärkt, daß die weitere Entwicklung in England auf dem Wege politischer Reformen verlief: Die englischen Kapitalisten ließen die aus dem Feudalismus stammenden Einrichtungen bestehen, veränderten aber ihren Klasseninhalt. Die Einrichtungen der Monarchie und des Oberhauses (House of Lords) bestehen der Form nach in Großbritannien noch heute, aber niemand kann bestreiten, daß der heutige britische Staat längst ein bürgerlich-kapitalistischer geworden ist.

In Frankreich, einem Lande, in dem die politische Macht und der Staatsapparat noch in der Zeit der absoluten Monarchie äußerst zentralisiert wurde, eroberte die kapitalistische Klasse die Staatsmacht in der Französischen Revolution. Zu Beginn dieser Revolution kämpften Großbourgeoisie, Kleinbürgertum, Handwerker und das noch kleine, sich entwickelnde Proletariat gemeinsam und erfolgreich gegen die Adelsherrschaft und die Krone. Nach dem Sturz von Robespierre, einem Vertreter des demokratischen Kleinbürgertums, ging die Führung an die Großbourgeoisie über, dessen Vertreter Napoleon war. Später söhnte sich die Großbourgeoisie mit den

nun kapitalistisch wirtschaftenden, zurückgekehrten früheren Feudalherren aus. Sie bilden eine gemeinsame Front gegen die immer selbständiger und selbstbewußter auftretende Arbeiterklasse.

Bei allen Unterschieden in den Formen der Enstehung gibt es eine Reihe von typischen Merkmalen des bürgerlichen Staats, die sich aus allgemeinen Bedingungen seiner Entstehung und den allgemeinen Zügen des Kapitalismus der freien Konkurrenz ergeben.

Grundlegende Gemeinsamkeit der verschiedenen bürgerlichen Staatsformen ist, daß der Staat zu einem Apparat wird, durch den die kapitalistische Klasse ihre politische Macht ausübt. Der bürgerliche Staat dient dazu, die anderen Klassen niederzuhalten. Die Hauptrichtung verlagert sich dabei: Dient zu Anfang der bürgerliche Staatsapparat zum Schutz der Bourgeoisie und ihrer Ordnung vor der entmachteten herrschenden Klasse der Vergangenheit, vor dem um die Wiederherstellung seiner Macht kämpfenden Adel, so richtet er sich später immer stärker gegen die herrschende Klasse der Zukunft, die Klasse der Lohnarbeiter, die ihre Interessen ökonomisch und politisch zu vertreten beginnt.

In diesem Verlauf bilden sich die typischen Merkmale des bürgerlichen Staates heraus: Das bürgerliche Parlament, die Gewaltenteilung, die bürgerlichen Freiheiten. Die „Freiheit" des Eigentums, die Gewerbe- und die Handels-„Freiheit" stellen dabei das Kernstück jedes bürgerlichen Freiheitenkatalogs dar: Es handelt sich um die Freiheit der Bourgeoisie, mit Hilfe des Eigentums an den Fabriken, Maschinen, Banken (also des kapitalistischen Eigentums an Produktionsmitteln), diejenigen auszubeuten, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft stündlich, täglich, wöchentlich und monatlich zu verkaufen.

Gleichzeitig werden mit diesen „Freiheiten" für die verschiedenen Kapitalisten „gleiche" Bedingungen geschaffen, so daß sich die kapitalistischen Konkurrenzbedingungen verhältnismäßig ungestört durchsetzen können. Gleiche Bedingungen für die verschiedenen Kapitalisten heißt also, daß sich die Stärkeverhältnisse allein nach den verschiedenen Kapitalgrößen richten. Gleich große Kapitalien haben gleiche Chancen, im gleichen Tempo mehr Kapital anzuhäufen und kleinere Kapitalmassen zu schlucken. Andere bürgerliche Freiheiten übertragen dieses Schema in andere Bereiche. So stellt z.B. die Pressefreiheit und die Meinungsfreiheit die Übertragung des Grundsatzes der Konkurrenz auf den Kampf der Ideen dar. Die Presse- und Meinungsfreiheit wird dabei von der Bourgeoisie im Zusammenhang des bürgerlichen Kampfes gegen die klerikale und feudale Ideologie der vorher herrschenden Klasse erkämpft und meint eigentlich die Freiheit, gegen feudale auch bürgerliche Ideen vertreten zu können. Aus dem antifeudalen Kampf der Bourgeoisie entsprang auch die bürgerliche Trennung zwischen den drei Gewalten: der Exekutive (Regierung), der Gesetzgebung (bürgerliches Parlament) und der Rechtsprechung (von Regierung und Parlament unabhängige Richter). Diese Gewaltenteilung entstand in dem Kampf um die Einschränkung und Kontrolle der feudalen und königlichen Gewalt, den das Bürgertum vor der vollen Eroberung der politischen Macht führte.

Innerhalb der Richterschaft und **innerhalb** des Parlaments gelang es der Bourgeoisie häufig, schon **vor** der Ergreifung der zentralen Staatsmacht, bürgerlich-antifeudale Gegenmachtpositionen aufzubauen. Im klassischen bürgerlichen Parlament, in das mit Hilfe des allgemeinen Stimmrechts die verschiedenen Gruppen von Kapitalisten ihre Vertreter entsandten, wurden dann die allgemeinen Interessen der Gesamtbourgeoisie als Klasse formuliert und mittels Verfassung und Gesetzen rechtlich fixiert.

Diese Interessen wurden nach außen, gegen die Kapitalisten der Nachbarländer, und nach innen, gegen den noch seine Macht verteidigenden Adel und das für seine Interessen zu kämpfen beginnende Proletariat, mit Hilfe bewaffneter Formationen (Polizei- und Militärapparat) abgesichert.

Der bürgerliche Staat, der freilich in so „reiner" Gestalt in der Geschichte nicht aufgetreten ist, dem sich die verschiedenen bürgerlichen Staaten allesamt nur in größerem oder geringerem Maße angenähert haben, gewann notwendigerweise eine relative Eigenständigkeit. Zwar ist die bürgerliche „Staatsgewalt nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisieklasse verwaltet." (Marx/Engels: Kommunistisches Manifest, Abschnitt I, S. 45 Einzelausgabe), aber diese g e m e i n s c h a f t l i c h e n Geschäfte der g a n z e n Bourgeoisieklasse werden erst auf der Ebene des Staates formuliert. Denn das unmittelbare Verhältnis der einzelnen Kapitalisten zueinander, also innerhalb der Wirtschaft, bleibt ein Konkurrenzverhältnis. Daher ist der bürgerliche Staat für die Bourgeoisie als Gesamtklasse nötig, „um die allgemeinen äußeren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise zu erhalten gegen Übergriffe, sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten." (Marx/Engels, Werke, Band 20, S. 260) Die relative Selbständigkeit des bürgerlichen Staates gegenüber den einzelnen Kapitalisten beruht also **nicht** darauf, daß der bürgerliche Staat gegenüber den einzelnen Kapitalisten besondere Interessen vertritt, sondern umgekehrt darauf, daß er die allgemeinen Interessen der Kapitalisten als Gesamtklasse vertritt. Von der relativen Selbständigkeit des Staates kann man daher nicht auf die Herrschaft einer „Staatsbürokratie" oder einer „technokratischen Elite" schließen, wie das viele bürgerliche Gesellschaftswissenschaftler tun.

Die verschiedenen sich bildenden Fraktionen der Bourgeoisie liefern sich oft heftige Kämpfe um den größten Einfluß im Staatsapparat. Diese Macht- und Konkurrenzkämpfe werden auf verschiedenen Ebenen geführt. Die Bildung von verschiedenen Verbänden und Gruppen innerhalb einer Branche, für eine gesamte Branche und mehrere Branchen untereinander, die Bildung verschiedener bürgerlicher Parteien und verschiedener Fraktionen innerhalb jeder bürgerlichen Partei, die Bildung von bürgerlichen Interessenverbänden, deren Vertreter in den Wandelgängen des Parlaments (der sogenannten Lobby) die einzelnen Abgeordneten zu beeinflussen suchen und in den Vorzimmern sowie den Beiräten der Ministerien über neue Gesetzentwürfe verhandeln, bezeugen, daß den wesentlichen Entscheidungen des Staatsapparates im allgemeinen solche Macht- und Konkurrenzkämpfe vorausgegangen sind. Die politischen Macht- und Konkurrenzkämpfe verschiedener Fraktionen der Bourgeoisie sind Ergebnis und Fort-

setzung der ökonomischen Macht- und Konkurrenzkämpfe der verschiedenen Kapitalistengruppen.

Von dem ökonomischen und politischen Kampf zwischen Arbeiterklasse und kapitalistischer Klasse unterscheiden sich diese Kämpfe zwischen verschiedenen Kapitalgruppen grundsätzlich. Denn für die Kapitalisten als Gesamtheit lassen sich gemeinsame Interessen angeben – z.B. Verteidigung der Ausbeuterordnung „an sich" gegen die Ausgebeuteten – der Widerspruch zwischen bürgerlicher Klasse und Arbeiterklasse dagegen ist unversöhnlich, „antagonistisch": Dieser Widerspruch ist im Rahmen des Kapitalismus nicht aufhebbar. In vielen einzelnen Fragen ist es möglich, daß es für die Arbeiterklasse einen wichtigen Unterschied ausmacht, ob die eine oder die andere bürgerliche Fraktion den Sieg in dieser Frage davonträgt. Es ist für uns nicht gleichgültig, ob die reaktionären oder demokratischeren Kräfte der Bourgeoisie regieren. Gleichzeitig wird aber dadurch der falsche Schein erzeugt, als ginge es im Kampf der bürgerlichen Fraktionen untereinander um mehr als nur innerkapitalistische Gegensätze. Die Widersprüche im kapitalistischen Lager auszunutzen und zugleich die immer wieder entstehenden Illusionen über den Charakter dieser Widersprüche zu zerstören, wird daher zu einer wichtigen Aufgabe der Arbeiterbewegung. Diese Aufgabe ist letztlich nur lösbar, wenn sich eine politische Partei des Proletariats bildet die die gemeinsamen Interessen der gesamten Arbeiterklasse praktisch, im politischen Kampf, vertritt.

Die modernen Nationalstaaten sind von der Bourgeoisie hervorgebracht worden. In dem sich entwickelnden Kapitalismus wurde die Zersplitterung der Produktion, der Produktionsmittel und der Bevölkerung aufgehoben. Daraus ergab sich die Notwendigkeit der politischen Zentralisation. „Unabhängige, fast nur verbündete Provinzen mit verschiedenen Interessen, Gesetzen, Regierungen und Zöllen wurden zusammengedrängt in e i n e Nation, e i n e Regierung, e i n Gesetz, e i n nationales Klasseninteresse, e i n e Douanen-Linie (Zollinie)" (Kommunistisches Manifest, Abschnitt I, Einzelausgabe S. 48). In den bürgerlichen Revolutionen konstituierten sich die Kapitalisten eines ganzen Landes als Nation. Ebenso, wie zwischen verschiedenen kapitalistischen Fraktionen in einem Lande Interessenwidersprüche auftreten, die in ökonomischen und politischen Macht- und Konkurrenzkämpfen münden, führen die sich herausbildenden Widersprüche zwischen den kapitalistischen Klassen verschiedener Länder zu Kämpfen, die sich bis zu Kriegen zwischen verschiedenen bürgerlichen Staaten oder sogar Staatengruppen entwickeln können. Mit der Ausdehnung der Interessen der einzelnen bürgerlichen Klassen über den nationalen Rahmen hinaus entwickelt sich der kapitalistische Weltmarkt. Dadurch werden aber die Konflikte zwischen den verschiedenen bürgerlichen Klassen und ihren Staaten nicht aufgehoben, da jede zeitweilige Festlegung von Interessen und Einflußsphären durch die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung der einzelnen kapitalistischen Wirtschaften und Staaten immer wieder in Frage gestellt und daher Ausgangspunkt neuer Kämpfe wird.

Der bürgerliche Staat entsteht, indem die kapitalistische Klasse die politische Macht erobert. Er dient der Bourgeoisie als Apparat zur Niederhal-

tung der Arbeiterklasse und zur Sicherung der Interessen der Bourgeoisie eines Landes gegen die kapitalistischen Klassen anderer Länder. Er gewinnt eine relative Selbständigkeit, so daß die verschiedenen Fraktionen der Kapitalisten um den größten Einfluß auf ihren Staat kämpfen. Die staatliche Politik im Kapitalismus ist daher sowohl Ergebnis des Klassenkampfes zwischen Kapitalisten und Proletariat wie Ergebnis der Kämpfe innerhalb der Bourgeoisie. Der bürgerliche Staat kann auch fortschrittliche Züge haben, die entweder sich noch aus der revolutionären Phase der Bourgeoisie erhalten haben oder die ihm von der Arbeiterbewegung abgerungen wurden. Er verliert jedoch durch solche fortschrittlichen Elemente nicht seinen Klassencharakter.

Das heißt nicht, daß jeder bürgerliche Staat in gleichem Maße die Mittel der unmittelbaren Gewalt, des direkten Terrors gegen die beherrschte Arbeiterklasse anwendet. „In Wirklichkeit bildet die Bourgeoisie in allen Ländern unvermeidlich zwei Systeme des Regierens heraus, zwei Methoden des Kampfes für ihre Interessen und für die Verteidigung ihrer Herrschaft, wobei diese Methoden bald einander ablösen, bald sich miteinander in verschiedenartigen Kombinationen verflechten. Die erste Methode ist die Methode der Gewalt, die Methode der Verweigerung jeglicher Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung, die Methode der Aufrechterhaltung aller alten und überlebten Institutionen, die Methode der unnachgiebigen Ablehnung von Reformen. Darin besteht das Wesen der konservativen Politik, ... die immer mehr zu einer der Spielarten der allgemeinen bürgerlichen Politik wird. Die zweite Methode ist die Methode des Liberalismus, der Schritte in der Richtung auf die Entfaltung politischer Rechte, in der Richtung auf Reformen, Zugeständnisse usw. Nicht aus böser Absicht einzelner Personen und nicht zufällig geht die Bourgeoisie von der einen Methode zur anderen über, sondern infolge der radikalen Widersprüche ihrer eigenen Lage.“ (Lenin: Die Differenzen in der europäischen Arbeiterbewegung, Werke, Band 16, S. 356) Denn einerseits erzeugt der Kapitalismus selbst ein gewisses Niveau von kulturellen, bildungsmäßigen, politischen Ansprüchen, ohne das er schwer fortexistieren kann, andererseits geraten eben diese Ansprüche immer wieder in Konflikt mit der kapitalistischen Herrschaftsordnung selbst.

Erfaßt die Arbeiterbewegung nicht diese doppelte Politik der Bourgeoisie, sieht sie nur eine der beiden Seiten der bürgerlichen Herrschaftsmethoden, so entwickelt sie ein einseitiges System der Taktik und eine einseitige Theorie. Verabsolutiert man die konservative, brutale Methode der Gewalt als Herrschaftsmittel der Bourgeoisie, so entsteht daraus eine anarchistische Taktik und eine anarchistische Theorie: Zum Gegner wird der Staat „an sich“ erklärt, nicht der konkrete kapitalistische Staat. „Die Antiautoritären ... fordern, daß der politische Staat mit einem Schlage abgeschafft werde, noch früher, als die sozialen Verhältnisse abgeschafft sind, die ihn erzeugt haben. Sie fordern, daß der erste Akt der sozialen Revolution die Abschaffung der Autorität sein soll.“ (Engels: Von der Autorität, in Marx/Engels: Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Band I, S. 603 – 606)

Verabsolutiert man dagegen die liberale Methode der Zugeständnisse als Herrschaftsmittel der Bourgeoisie, so entsteht daraus eine reformistische Taktik und eine reformistische Theorie. Der kapitalistische Staat wird als eine „neutrale" Instanz betrachtet, die von seiten des Kapitals und von seiten der Arbeiterklasse für ihre Ziele eingesetzt werden kann.

Reformisten und Anarchisten umgehen in der Behandlung der Frage des Staates beide die zentrale Frage, nämlich welche Rolle der staatliche Apparat der kapitalistischen Klasse auf lange Sicht, d.h. für die sozialistische Umgestaltung spielt.

Der Staat des Monopolkapitals

Das Kapital interessiert sich nur für Produktion, die profitabel ist. Aber der Betrieb von Einrichtungen sogenannter Gemeinschaftsaufgaben ist zumeist nicht gewinnbringend. Darum mußte der kapitalistische Staat bestimmte Einrichtungen, wie z.B. das Eisenbahnwesen, die Bildungseinrichtungen u.ä. entwickeln. So entstanden große, staatskapitalistische Betriebe wie Bahn, Post, Gesundheitswesen u.a.

Die Entwicklung des Kapitalismus von der Konkurrenz vieler Kapitalien gegeneinander zur Ausbildung von wenigen produktions- und marktbeherrschenden Monopolen in den wichtigsten Wirtschaftszweigen ließ den kapitalistischen Staat nicht unberührt.

Aus dem Staat der gesamten Bourgeoisie wurde mehr und mehr das Instrument der kleinen, aber übermächtigen Gruppen von Monopolherren. Die Aufteilung der Welt unter die größten Gruppen von Monopolen und die ungleichmäßige Entwicklung dieser Monopolgruppen löste die Reihe imperialistischer Kriege um die Neuverteilung der Einfluß- und Machtsphären auf der Erde aus.

Die Ausdehnung des Aufgabenbereichs des kapitalistischen Staats führte auch in der sozialistischen Arbeiterbewegung zu vielen Illusionen über das Wesen des kapitalistischen Staates – wenn er beispielsweise gegen einzelne Kapitalisten oder schwächere Teile des Kapitals zugunsten des „Allgemeininteresses", d.h. der Monopole, aktiv wurde. Diese Illusion verstärkt die opportunistischen Tendenzen. Diese opportunistischen Illusionen wurden zugleich gefährlicher, da sie sich nicht mehr auf den bürgerlichen Staat der Vergangenheit, sondern auf den imperialistischen Staat des Monopolkapitals bezogen. Die opportunistischen Strömungen in der internationalen Sozialdemokratie haben schließlich alle im Jahre 1914 den imperialistischen Krieg „ihrer" Monopolherren unterstützt.

Der Sieg der sozialistischen Revolution in Rußland und die Entstehung eines sozialistischen Staates brachte dann eine neue Form des Klassenkampfes zwischen Lohnarbeit und Kapital, den Klassenkampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus auf staatlicher Ebene hervor. Das verstärkt zwei Züge in der Entwicklung des monopolkapitalistischen Staates: Der

Wettbewerb mit dem Sozialismus verstärkte das regulierende Eingreifen des Staates in die kapitalistische Wirtschaft im Interesse des Monopolkapitals. Ebenso verstärkt sich die Tendenz zum Abbau der bürgerlichen Demokratie durch die herrschende Monopolbourgeoisie selbst. (Faschisierung und Faschismus)

Die bürgerlich-demokratischen Einrichtungen, die sich die Bourgeoisie in ihrer revolutionären Zeit gegen den Adel erkämpft hatte, werden für die Monopolbourgeoisie zu einem umso größeren Hemmnis, je mehr die Arbeiterbewegung lernte, sich dieser Einrichtung zu bedienen, um ihre Klasseninteressen zu vertreten. Die Novemberrevolution, eine der größten revolutionären Bewegungen, war in Deutschland nötig, um die einfachsten bürgerlich-demokratischen Reformen, wie das Frauenwahlrecht, durchzusetzen. Die herrschende Monopolbourgeoisie hat die ihre Herrschaft bedrohende Gefahr erkannt, daß die Arbeiterbewegung die bürgerlich-demokratischen Einrichtungen benutzen kann, um Gegenmachtpositionen aufzubauen. Ihr Verhältnis zur bürgerlichen Demokratie ist daher zwiespältig. Einerseits dient auch die bürgerliche Demokratie dazu, die hinter ihren Formen stehende ökonomische Diktatur des Monopolkapitals zu verschleiern. Aber zugleich ist die Monopolbourgeoisie stets bereit, die Formen der bürgerlichen Demokratie durch ihre unmittelbare, offene, brutale politische Diktatur zu ersetzen, wenn die Arbeiterbewegung die bürgerliche Demokratie für ihre Zwecke nutzt. Die faschistische Herrschaftsform ist daher nicht eine abnorme Entwicklung in einigen monopolkapitalistischen Ländern, sie ist im monopolistischen Kapitalismus eine andauernde Gefahr. Was bei den bürgerlich-parlamentarischen Regimes, deren Grundlage der monopolistische Kapitalismus ist, als ständige Möglichkeit vorhanden ist, wird mit dem Faschismus zum Prinzip des Staatsaufbaus: Terror wird zum „normalen" Herrschaftsmittel, Antikommunismus zur Staatsdoktrin. (vgl. Marxistischen Lehrbrief: Worin besteht die neofaschistische Gefahr in der Bundesrepublik? , Serie D, Nr. 5)

Die Entwicklung des monopolistischen Kapitalismus erzeugt die Tendenz zu faschistischen Herrschaftsformen, die mit wachsendem regulierendem Eingreifen des Staates in den eigentlichen Wirtschaftsprozeß einhergeht. Auch dieses Eingreifen des Staates in den kapitalistischen Wirtschaftsprozeß stellt eine Abkehr von der klassischen Form des bürgerlich-liberalen Staates dar. Dieser bürgerlich-liberale Staat garantierte durch seinen Gewaltapparat, durch Polizei und Militär, die freie Entfaltung der Profitinteressen der bürgerlichen Klasse gegenüber anderen Klassen. Innerhalb des so abgesicherten Bereichs konnten sich die kapitalistischen Marktgesetze un gezügelt durchsetzen. Der monopolkapitalistische Staat behält weiterhi die Aufgabe, die Profitinteressen der herrschenden Monopolbourgeoisie gegen demokratische und sozialistische Bewegungen mit seinem Gewaltapparat zu schützen. Aber dazu erhält der monopolkapitalistische Staat neue Aufgaben: Durch staatliche Eingriffe in den kapitalistischen Wirtschaftsablauf sollen die wachsenden Widersprüche zwischen der in hohem Grade vergesellschafteten Produktion und der privaten Aneignung bewältigt werden. Das Wechselverhältnis von Ökonomie und Politik ändert sich. (vgl. Imperialismus heute, 4. Auflage, Berlin 1967)

Die Tendenz des monopolkapitalistischen Staates, in den eigentlichen Wirtschaftsablauf einzugreifen, führt schließlich zur Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates und zur Ausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus. „Solange das Kapital schwach ist, sucht es selbst noch nach den Krücken vergangner oder mit seinem Erscheinen vergehnder Produktionsweisen. Sobald es sich stark fühlt, wirft es die Krücken weg und bewegt sich seinen eignen Gesetzen gemäß. Sobald es anfängt, sich selbst als Schranke der Entwicklung zu fühlen und bewußt zu werden, nimmt es zu Formen Zuflucht, die, indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Züglung der freien Konkurrenz zugleich die Ankündiger seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind." (Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 544 f.)

Der Kapitalismus erzeugt im Laufe seiner Entwicklung die Voraussetzungen der ihm radikal entgegengesetzten Gesellschaftsordnung: In der Entwicklung und Organisation der Produktivkräfte, in der Zusammenfassung der Produktion, in der objektiven Vergesellschaftung der Arbeit entwickelt er Formen, die im Widerspruch zu der weiterhin privaten Aneignungsweise, zu der Kontrolle der gesellschaftlichen Produktivkräfte durch eine kleine Schicht von Monopolkapitalisten stehen. Aber es wäre eine gefährliche Illusion zu glauben, der monopolkapitalistische Staat werde „allmählich", „von selbst" in den Sozialismus hineinwachsen. Weder der Einsatz der allermodernsten wissenschaftlichen Methoden auf Einzelgebieten, noch Einzelreformen und Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung, noch Sozialdemokraten auf Ministersesseln ändern etwas am sozialen Wesenskern des monopolkapitalistischen Staates. Denn der Einsatz von wissenschaftlichen Methoden bedeutet letztlich, daß die monopolkapitalistische Ausbeutung eben wissenschaftlicher betrieben wird, und auch eine Politik der Zugeständnisse und Teilreformen für die Herrschenden ist, so sehr wir auch um solche Zugeständnisse und Teilreformen kämpfen müssen, eine der möglichen Formen der Sicherung der ökonomischen Diktatur der Monopolbourgeoisie. Nicht nur der staatliche Apparat der Rechnungsführung, der dem heutigen Stand der entwickelten Produktivkräfte entspricht, wird vom monopolkapitalistischen Staat vervollkommnet, sondern auch der staatliche Apparat der Unterdrückung, sowohl in direkter Form, wie Polizei und Militär, wie in vermittelter Form, durch Beeinflussung und Steuerung der Meinungsbildung.

In Bezug auf die Auffassung von der Überwindung des Kapitalismus unterscheiden sich die Marxisten am schärfsten sowohl von den Anarchisten – die annehmen, der Sturz des Kapitalismus bedeute die Aufhebung staatlicher Autorität „an sich", bedeute das Ende jeglicher Herrschaft – wie von den Reformisten – die annehmen, der gegebene monopolkapitalistische Staat lasse sich durch eine Reihe von Teilreformen in einen „demokratischen Staat" verwandeln, der keine Klassenherrschaft mehr verkörpert. Weder Reformisten noch Anarchisten erkennen die zentrale Aufgabe der Arbeiterbewegung in der sozialistischen Umgestaltung.

Der Staat und die Aufgaben der Arbeiterklasse

Die Eroberung der politischen Herrschaft, der zentralen staatlichen Macht durch die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten, ist diese zentrale Aufgabe, unabhängig davon, ob sie in einem gegebenen Zeitabschnitt auf der Tagesordnung steht oder nicht. Karl Marx und Friedrich Engels beschrieben schon im „Kommunistischen Manifest" diese Aufgabe so, „daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist." Und sie beschrieben die konstruktiven Ziele dieser Macht:
„Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren."

Damit die Arbeiterklasse mit Hilfe der politischen Gewalt den Sozialismus aufbauen kann, muß sie den Teil des staatlichen Apparats zerschlagen, der am reinsten die Aufgabe der Unterdrückung der Arbeiterklasse verkörpert: das Militär, die politische Polizei, die „Ostforschungs-Institute" des Großkapitals. Das kann nicht einfach „übernommen" und anders genutzt werden. Dieser nur unterdrückende Teil des staatlichen Apparats muß aufgelöst und ersetzt werden. Marx hat, nach den Erfahrungender Pariser Kommune, diesen Gedanken mit aller Schärfe betont, und Lenin hat ihn in seiner gegen die rechte Sozialdemokratie, die in allen kriegführenden Ländern ihre imperialistischen Regierungen unterstützte, gerichteten Schrift, „Staat und Revolution", ausführlich dargelegt.

Dennoch dürfen wir nicht vergessen, daß der monopolkapitalistische Staat ungewollt, objektiv „Vorarbeiten" für die Arbeiterklasse leistet. „Außer dem vorwiegend ‚unterdrückenden' Apparat des stehenden Heeres, der Polizei und der Beamtenschaft gibt es im modernen Staat einen Apparat, der besonders eng mit den Banken und Syndikaten verbunden ist, einen Apparat, der eine große Arbeit auf dem Gebiet der Rechnungsführung und Registrierung leistet, wenn man sich so ausdrücken darf. Dieser Apparat darf und soll nicht zerschlagen werden. Man muß ihn aus der Unterordnung unter die Kapitalisten befreien, muß ihn den Kapitalisten entreißen und alle Fäden ihres Einflusses abschneiden, abhacken, muß ihn den proletarischen Sowjets unterordnen und auf eine breitere, umfassendere Grundlage stellen, ihn mit dem ganzen Volke verbinden. Und das kann geschehen, wenn man sich auf die vom Großkapitalismus schon hervorgebrachten Errungenschaften stützt (wie überhaupt die proletarische Revolution ihr Ziel nur erreichen kann, wenn sie sich auf diese Errungenschaften stützt)." (Lenin: Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten? November 1917. In: Werke, Band 26, S. 89)

1871 ergriff in der Pariser Kommune die Arbeiterklasse für zwei Monate die politische Macht. 1917 siegte in Rußland die sozialistische Revolution erstmals in einem Lande endgültig. Heute herrschen sozialistische Staaten in einem Drittel der Welt. Dabei bildeten sich geschichtlich eine Reihe von Wesenszügen des sozialistischen Staates heraus.

Der sozialistische Staat entwickelte schon in der Kommune folgende wesentliche Merkmale: Unmittelbare und umfassende politische Organisationen der Massen als Grundlage der Staatsmacht; Umwandlung der parlamentarischen Körperschaften in arbeitende und kontrollierende Vertretungskörperschaften; republikanische Verwaltungsform; demokratischer Zentralismus als Grundlage des Staatsaufbaus. Ein weiteres Wesensmerkmal konnte erst in der Sowjetrepublik entwickelt werden: Die führende Rolle der marxistischen Partei der Arbeiterklasse. Auch die schon von Marx beschriebene Form der staatlichen zentralen Planung konnte erst in der Sowjetrepublik voll entfaltet werden.

Andere Merkmale, wie etwa die Volksfront als Organisationsform des politischen Bündnisses der Arbeiterklasse mit anderen Klassen und Schichten, entsprechen besonderen Bedingungen, die für viele, aber nicht alle sozialistischen Länder zutreffen. Die Vielfalt an besonderen Formen in einzelnen sozialistischen Staaten darf uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß es Wesensmerkmale gibt, ohne die wir nicht von einem sozialistischen Staat sprechen können. Die grundlegenden, von denen sich die anderen ableiten lassen sind: Politische Herrschaft der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, wozu eine politische Partei der Arbeiterklasse, eine Partei marxistischen Charakters nötig ist, die innerhalb des Bündnisses die führende Rolle der Arbeiterklasse durchsetzt; Vergesellschaftung der entscheidenden Produktionsmittel, geplante Wirtschaft.

Im sozialistischen Staat werden die Bedingungen für die Aufhebung zunächst der feindlichen Widersprüche zwischen den Klassen, dann der nicht unversöhnlichen Widersprüche, schließlich der Klassen überhaupt geschaffen. Damit wird in einem längeren geschichtlichen Prozeß die Grundlage für einen besonderen Herrschaftsapparat entfallen: der Staat kann absterben. Dieses Stadium, „eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist", (Kommunistisches Manifest) haben Marx und Engels den Kommunismus genannt. Aber der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus umfaßt eine ganze geschichtliche Epoche und setzt eine umfassende Veränderung des gesellschaftlichen Lebens voraus.

Starker sozialistischer Staaten bedarf es in dieser ganzen Epoche schon deshalb, weil auf der anderen Seite hochorganisierte monopolkapitalistische Staaten stehen, die alle Mittel, von der ideologischen Ausnutzung innerer Widersprüche, bis hin zur Anwendung brutaler militärischer Aggression, wie in Vietnam, einkalkulieren, um die Ausbeuterordnung in den sozialistisch gewordenen Ländern wiederherzustellen.

Der sozialistische Staat ist, wie jeder Staat, Herrschaft einer Klasse über die andere. Er ist aber – zum ersten Mal in der Geschichte – Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit. Er ist – vor allem – Herrschaft der arbeitenden Klasse über die noch vorhandenen Ausbeuter. Deshalb sprechen Marx und Engels von der Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse als „der Erkämpfung der Demokratie". (Kommunistisches Manifest) Die politische Herrschaft einer Klasse mittels des Staatsapparats über eine andere

ist von Marx als Klassendiktatur bezeichnet worden, z.B. als Adelsdiktatur, Diktatur der Bourgeoisie, Diktatur des Proletariats. **Jeder Staat ist in diesem allgemeinen Sinne eine Diktatur einer oder mehrerer Klassen über eine oder mehrere andere.** Die kapitalistische Propaganda und die politische Justiz haben diese wissenschaftliche Begriffsbestimmung, die historische Tatbestände eindeutig beschreibt, unter Ausnutzung des berechtigten Entsetzens breiter Massen über die faschistische Form großkapitalistischer Diktatur, dazu benutzt, um Sozialisten und Kommunisten als Anhänger despotischer, antidemokratischer Herrschaftsmethoden zu verleumden. Die Marxisten haben stets betont, daß der sozialistische Staat keine Einengung der Demokratie, sondern eine bisher einzigartige Ausweitung und Verwirklichung der Demokratie ist. „In der kapitalistischen Gesellschaft haben wir eine gestutzte, dürftige, falsche Demokratie, eine Demokratie nur für die Reichen, für eine Minderheit. Die Diktatur des Proletariats, die Periode des Übergangs zum Kommunismus, wird zum erstenmal Demokratie für das Volk, für die Mehrheit bringen, aber zugleich wird sie notwendigerweise eine Minderheit, die Ausbeuter, niederhalten."
Lenin: Staat und Revolution, August/September 1917. In: Werke, Band 25, S. 476 f. vgl. auch Marxistische Lehrbriefe, Serie E, Nr. 4 und 5 über das Freiheitsproblem in marxistischer Sicht.

Sozialistische Demokratie braucht in der gesamten Epche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus starke, gefestigte sozialistische Staaten. Aber schon jetzt kündigen sich in Einzelbereichen erstarkende Keimformen des Kommunismus in den sozialistischen Ländern an. Das Entstehen von gesellschaftlichen Organen, die Aufgaben übernehmen, die bisher stets von staatlichen Organen bewältigt wurden, z.B. die Tätigkeit der Inspektionen der Volkskontrolle in der Sowjetunion oder die Tätigkeit der Konfliktkommissionen in der DDR, vor denen Fälle behandelt werden, die früher in das Gebiet der staatlichen Justiz gehörten, zeigt in Einzelbereichen schon die beginnende Auflösung einer besonderen Unterdrückungsgewalt. So notwendig es angesichts der Fortexistenz des Imperialismus für den Sozialismus und für die Arbeiterklasse auf der ganzen Welt ist, daß die sozialistischen Länder einen wohlorganisierten Regierungs- und Verwaltungsapparat, starke Armeen, in den Massen verankerte und in Staat und Gesellschaft politisch führende marxistische Parteien haben, so stolz kann die internationale Arbeiterbewegung sein, daß in einzelnen Bereichen in den sozialistischen Ländern der Staat als besondere Unterdrückungsgewalt bereits abzusterben beginnt.

Der Staat ist kein neutraler Vermittler zwischen den Klassen, sondern ein Instrument einer Klasse, um eine oder mehrere andere niederzuhalten. Die Mittel, mit denen der monopolkapitalistische Staat der Bundesrepublik die westdeutsche Arbeiterklasse niederhält, können sehr verschieden sein. Ob das Monopolkapital sich sozialdemokratischer Minister bedient und eine Politik der Zugeständnisse und Teilreformen betreibt, oder ob die reaktionärsten Teile des Monopolkapitals die Faschisierungstendenz, die sich in NS-Gesetzen und polizeistaatlichen Methoden ausdrückt, entscheidend weitertreiben – am Grundcharakter dieses Staates, den großen Monopolen zu dienen, ändert das nichts. So sehr die Marxisten daher auch jede Re-

form auf jedem Einzelgebiet unterstützen, die die Lage der Arbeiter, Angestellten und übrigen Werktätigen wirklich um ein kleines Stück verbessert, so sehr unterscheiden sie sich dennoch in der Grundhaltung zu solchen Reformen von anderen demokratischen Kräften. Das Ziel der Marxisten kann nie sein, die monopolkapitalistische Ordnung zum bestmöglichen Funktionieren zu bringen.

Für die Marxisten erhält jede Einzelreform in diesem Staat ihre Rolle und ihren Stellenwert im Hinblick auf das sozialistische Ziel. „Wenn Engels sagt, daß in einer demokratischen Republik der Staat ‚nicht minder' als in der Monarchie eine ‚Maschine der Unterdrückung einer Klasse durch eine andre' bleibt, so bedeutet das durchaus nicht, daß die F o r m der Unterdrückung dem Proletariat gleichgültig sei, wie manche Anarchisten ‚lehren'. Eine breitere, freiere, offenere F o r m des Klassenkampfes und der Klassenunterdrückung bedeutet für das Proletariat eine riesige Erleichterung im Kampf um die Aufhebung der Klassen überhaupt." (Lenin: Staat und Revolution. Werke, Band 25, S. 467)

Den Kampf für eine demokratische Erneuerung der Gesellschaft kann daher kein Marxist dem Kampf für den Sozialismus entgegenstellen – im Gegenteil: Unter den heutigen Bedingungen ist der Kampf für eine demokratische Erneuerung praktisches Kernstück des sozialistischen Kampfes. „Entwicklung der Demokratie b i s z u E n d e, Auffinden der F o r m e n einer solchen Entwicklung, ihre Erprobung in der P r a x i s usw. – das alles bildet eine der integrierenden Aufgaben des Kampfes um die soziale Revolution. Für sich genommen wird kein Demokratismus den Sozialismus bringen. Im Leben aber wird der Demokratismus nie ‚für sich genommen', sondern er wird mit anderen Erscheinungen ‚zusammengenommen', er wird seinen Einfluß auf die Ökonomik ausüben, i h r e Umgestaltung fördern, dem Einfluß der ökonomischen Entwicklung unterliegen usw. Das ist die Dialektik der lebendigen Geschichte." (Lenin: Staat und Revolution. Ebenda, S. 466)

Um jedes Zugeständnis an die Arbeiterbewegung, um jede Teilreform zu kämpfen, ein antimonopolistisches Bündnis im praktischen Kampf um demokratische Erneuerung zu organisieren und in diesem Kampf die sozialistische Perspektive deutlich zu machen, ist die Aufgabe der Marxisten hier und heute.

Fragen:
Wann entsteht der Staat?
Gibt es einen „neutralen", einen „objektiven" Staat?
Vertritt der Staat der Ausbeuter die Interessen der ganzen Nation?
Wie entsteht der bürgerliche Staat?
Was sind die typischen Merkmale des frühen, bürgerlichen Staats?
Welche Herrschaftsformen gibt es für die kapitalistische Klasse?
Wie unterscheiden sich die Marxisten in der Staatsfrage von den Reformisten, wie unterscheiden sie sich von den Anarchisten?
Was bedeutet die Entwicklung des Kapitalismus zum Monopolkapitalismus für die Einrichtungen der bürgerlichen Demokratie?
Was bedeutet die Entwicklung vom Kapitalismus zum Monopolkapitalismus für das Verhältnis von Ökonomie und Politik?
Was heißt „staatsmonopolistischer Kapitalismus"?
Wie entsteht der sozialistische Staat?
Was sind die typischen Merkmale des sozialistischen Staats?
Was unterscheidet bürgerliche und sozialistische Demokratie?
Was sind die Aufgaben der Marxisten gegenüber dem monopolkapitalistischen Staat der Bundesrepublik?

Literatur:
Marx/Engels: Kommunistisches Manifest
Engels: Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates
Marx: Kritik des Gothaer Programms (Verlag Marxistische Blätter)
Lenin: Staat und Revolution (Verlag Marxistische Blätter)

Marxistische Taschenbücher

In der Reihe
Sozialistische Klassiker

Karl Marx
Lohnarbeit und Kapital / Lohn, Preis und Profit
Paperback · 144 Seiten

W. I. Lenin
Der „linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus
Paperback · 168 Seiten

In der Reihe
Marxismus aktuell

Walter Schellenberg
Wie lese ich „Das Kapital"?
Einführung in das Hauptwerk von Karl Marx
Paperback · ca. 130 Seiten

Lenin über Trotzki
Mit einem Vorwort von Josef Schleifstein und Johannes von Heiseler
Paperback · ca. 140 Seiten

Die DDR — Entwicklung, Aufbau und Zukunft
Beiträge u. a. von Walter Ulbricht, Manfred Gerlach, Günter Wirth und Kurt Wünsche
Paperback · ca. 160 Seiten

Juri N. Dawydow
Freiheit und Entfremdung
Paperback · ca. 140 Seiten

Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution
Hrsgb.: Jutta von Freyberg und Kurt Steinhaus
Band I: SÜDVIETNAM
Band II: NORDVIETNAM
Paperback · ca. 120 bis 130 Seiten

Verlag Marxistische Blätter
6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11

MARXISTISCHE LEHRBRIEFE

Leitfaden und Grundlage zum Erwerb von Elementarkenntnissen der marxistischen Theorie. Gegliedert in sechs Serien. Geeignet für Zirkel, Studien- und Bildungsgemeinschaften, Jugendgruppen, für Schüler, junge Arbeiter und Angestellte.

AUS UNSEREM ANGEBOT

Serie A: Gesellschaft und Staat

Wie der Mensch zum Menschen wurde
Die marxistische Lehre von den Klassen und vom Klassenkampf
Was lehrt der Marxismus über den Staat?

Serie B: Arbeit und Wirtschaft

Wer beherrscht die Wirtschaft in der Bundesrepublik?
Automation – Freund oder Feind?
Warum gibt es noch im heutigen Kapitalismus Wirtschaftskrisen?

Serie C: Streifzüge durch die neuere Geschichte

Wie die Arbeiterbewegung entstand
Deutschland in der Revolution von 1848/49
Der Untergang der Weimarer Republik
Aus dem Leben und Wirken von Karl Marx
Das Leben Lenins

Serie D: Politische Probleme unserer Zeit

Der Weg von Potsdam nach Bonn. Wie Deutschland gespalten wurde
Chinas Weg von der Vergangenheit zur Gegenwart
Worin besteht die faschistische Gefahr in der Bundesrepublik?

Serie E: Das moderne Weltbild

Geschichte – Zufall oder Gesetz?
Freiheit in marxistischer Sicht
Einführung in die marxistische Dialektik

Serie F: Kultur in unserem Leben

Wer hat Kultur? Aber wer macht sie?

Broschiert, 20 bis 25 S., Einzelheft DM 0,80 zuzüglich Zustellgebühr. Bezug im Abonnement oder durch Einzelbestellung über Buchhandel oder Verlag. Bisher 33 Einzelhefte erschienen.

VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GMBH
6 Frankfurt am Main, Meisengasse 11

MARXISTISCHE TASCHENBÜCHER

Die Marxistischen Taschenbücher enthalten in der Reihe Sozialistische Klassiker Schriften bedeutender Persönlichkeiten aus der internationalen Arbeiterbewegung und analysieren, erläutern und dokumentieren in der Reihe Marxismus aktuell Ereignisse und Probleme aus dem Bereich der Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte und Philosophie.

Reihe: Sozialistische Klassiker

Karl Marx:	**Lohnarbeit und Kapital/Lohn, Preis und Profit** **Zur Kritik des Gothaer Programms**
F. Engels:	**Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft** **Ursprung der Familie**
W.I. Lenin:	**Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus** **Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution** **Staat und Revolution**

Reihe: Marxismus aktuell

Heinz Schäfer:	**Lohn, Preis und Profit heute**
W. Schellenberg:	**Wie lese ich „Das Kapital"?** Einführung in das Hauptwerk von Karl Marx **Lenin über Trotzki** Mit einer Einleitung von J. Schleifstein und J. von Heiseler
Juri Dawydow:	**Freiheit und Entfremdung** **Die DDR – Entwicklung, Aufbau und Zukunft** Beiträge u.a. von Walter Ulbricht, Manfred Gerlach, Kurt Wünsche, Günter Mittag
Farle/Schöttler:	**Chinas Weg – Marxismus oder Maoismus?** **Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution** Band 1: Südvietnam Band 2: Nordvietnam Hrgb. J. von Freyberg und K. Steinhaus
Laurent Salini:	**Frankreichs Arbeiter – Mai 1968**
M. Conforth:	**Die offene Gesellschaft** Kritik an Poppers Sozial-Philosophie

Bestellungen über Buchhandel und Verlag

VERLAG
MARXISTISCHE BLÄTTER GmbH
6 Frankfurt/Main, Meisengasse 11